

Antrag

Betreff: Zweite Gesamtschule in Osnabrück

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Sitzungsart (NÖ/Ö)	TOP
Verwaltungsausschuss	01.09.2009	NÖ	
Rat der Stadt Osnabrück	01.09.2009	Ö	5a

Inhalt des Antrags:

Teil A: Am Standort Eversburg wird eine kooperative Gesamtschule eingerichtet. Die Verhandlungen mit der Evangelischen Kirche sind wieder aufzunehmen und mit den jetzigen Schulen, Eltern und Schülern ist ein Konzept zu entwickeln, das sich am Vorbild der Gesamtschule Schinkel orientiert. Ein Runder Tisch nach dem Vorbild des Runden Tisches Förderschulen, der den Prozess begleitet, ist einzurichten.

Teil B: Die Verwaltung wird beauftragt bei der nunmehr dritten Befragung der Eltern zur Errichtung einer Gesamtschule in Osnabrück sicherzustellen, dass das Ergebnis am Ende des Befragungsprozesses mit Blick auf die Freiheit des Elternwillens über jeden Zweifel erhaben ist. Dazu gehört dreierlei:

1. Es ist sicherzustellen, dass die verschiedenen Möglichkeiten für die Zukunft des Schulzentrums Eversburg in der gebotenen Ausführlichkeit und Sachlichkeit dargelegt werden. Um die Aussagekraft des Elternwillens zu erhöhen, sollte der Fragebogen, wenn rechtlich möglich, vorsehen, dass Eltern eine Auswahl zwischen den verschiedenen Schulformen (Hauptschule/Realschule/Gymnasium, Integrierte Gesamtschule, Kooperative Gesamtschule) treffen können. Anderenfalls ist im Rahmen der Informationsveranstaltungen und sonstigen Informationsmaterialien auf die verschiedenen Möglichkeiten hinzuweisen.

2. Im Rahmen des Informationsprozesses ist sicherzustellen, dass die Verwaltung sachlich, neutral, unvoreingenommen auf die Unterschiede der Schulform IGS zu den anderen Schulformen (KGS, Dreigliedrigkeit) hinweist. Damit das Ergebnis aussagekräftig ist, muss dringend vermieden werden, dass der Informationsprozess durch Verwaltung einschließlich Oberbürgermeister Züge einer Werbung für die eine oder andere Willensäußerung der Eltern annimmt.

3. Für viele Eltern ist die Dauer des geplanten Schulbesuches ihrer Kinder eine wesentliche Frage. Um Missverständnissen vorzubeugen, ist in den Fragebogen der Stadtverwaltung der Hinweis aufzunehmen, dass in Zukunft auch an integrierten Gesamtschulen das Abitur nach zwölf Jahren gilt und alle Schulen als Ganztagschulen geführt werden können.

Begründung:

Nachdem bei der zweiten Elternumfrage nicht die nötige Zahl an Eltern einer integrierten Gesamtschule in Eversburg zugestimmt hat, will Oberbürgermeister Pistorius eine dritte Elternbefragung durchführen. Die CDU- wie die FDP-Fraktion im Rat der Stadt sehen diese Pläne vor dem Hintergrund kritisch, dass man die Eltern nicht so lange befragen kann, bis ein gewünschtes Ergebnis erreicht worden ist.

Falls aber eine dritte Umfrage dem politischen Willen der Mehrheit des Rates der Stadt Osnaabrück entsprechen sollte, ist aber in jedem Fall durch die Stadtverwaltung zu gewährleisten, dass die Willensbildung der Eltern objektiv und absolut unbeeinflusst erfolgt. Die vom Oberbürgermeister in der NOZ vom 19.08.09 angekündigten „Informationsveranstaltungen“ und die geplante "intensive Öffentlichkeitsarbeit" bergen die Gefahr, dass die Befragung nicht den unbeeinflussten und in diesem Sinne freien Willen der Elternschaft widerspiegelt. Darauf kommt es nach dem Schulrecht aber gerade an. Eine Einmischung in das Abstimmungsverhalten der Eltern würde daher dem Zweck der Umfrage widersprechen und die Aussagekraft des Ergebnisses gegenüber dem Land entwerten. Die dritte Umfrage muss ein in jeder Hinsicht belastbares Ergebnis liefern können. Entscheidend ist folglich, dass die Verwaltung einschließlich der Person des Oberbürgermeisters ihrer Neutralitätspflicht nachkommt.

gez. Dr. E.h. Fritz Brickwedde
(CDU-Fraktionsvorsitzender)

Dr. Thomas Thiele
(FDP-Fraktionsvorsitzender)